

## Proklamation der Bremer Räterepublik am 10. Januar 1919

16

SPD

Im Gefolge der Novemberereignisse war es zu einem Arrangement gekommen, nach dem die neuen Räte und der Senat in einem paritätisch besetzten Gremium die Macht im Land gemeinsam ausübten. Die Bremer Kommunisten und Teile der Unabhängigen Sozialdemokraten sahen in dieser Konstruktion einen Verrat an der Revolution und riefen für den 10. Januar zu einer Protestkundgebung auf. Vom



Balkon des Rathauses rief der linke Unabhängige Adam Frasukiewics den zahlreich Versammelten zu, dass vom heutigen Tag an in Bremen die sozialistische Republik errichtet werde. Ein Plakat informierte die Bremerinnen und Bremer über die neuen politischen Verhältnisse.

Als neue Regierung wurde am Abend ein Rat der Volksbeauftragten gewählt, dem je drei Mitglieder der USPD, der Kommunisten und des Soldatenrats angehörten. Der alte Verwaltungsapparat blieb weitgehend unangetastet. Die kurze Zeit der Bremer Räterepublik war geprägt von heftigen Auseinandersetzungen. Dabei dominierten zwei Themen:

Die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung wurde von den Kommunisten kategorisch abgelehnt, die Mehrheitssozialdemokraten traten entschieden für sie ein und die USPD war gespalten. Nachdem der Rat der Volksbeauftragten schon beschlossen hatte, die Wahlen in Bremen zu unterbinden, machte der Arbeiter- und Soldatenrat nach erregter Debatte den Weg doch noch dafür frei. Die Wahl am 19. Januar verlief ohne Zwischenfälle bei hoher Beteiligung und brachte der MSPD einen Stimmenanteil von 42 %.

Die angespannte Finanzsituation machte die Aufnahme von Krediten erforderlich, die die Banken jedoch nur einem ordnungsgemäß gewählten Senat gewähren wollten. Gegen den Widerstand des linken Flügels der Kommunisten beschlossen Räteregierung und Arbeiter- und Soldatenrat am 21. Januar, dem mit der Ausschreibung demokratischer Wahlen zu einer verfassungsgebenden bremischen Nationalversammlung Rechnung zu tragen. Damit war das Ende der Räterepublik de facto besiegelt. Dennoch hielt der Sozialdemokrat Gustav Noske als Vertreter der Reichsregierung ein militärisches Eingreifen angeblich zur Wiederherstellung der Ordnung für erforderlich. Am 4. Februar wurde die Bremer Räterepublik durch die Division Gerstenberg und das Freikorps Caspari blutig niedergeschlagen. 70 Menschen starben, darunter zahlreiche Zivilpersonen, auch Kinder.